DIE LINKE.

AUSGABE 05/2017

Spende erbeten!

SAALE-UNSTRUT-ELSTER-KURIER

Herausgeber: Kreisvorstand DIE LINKE.Burgenlandkreis

Sie finden:

Mitgliederbrief	2
Kreisparteitag	3
Aufruf 1. Mai	*4*
Parlamentarische Initiativen LTF	5
Politische Bildung	6
Bildung	*8*
Cuba si	9
Mut gegen Brandstifter	*10*
Termine	12

Impressum

Kreisvorstand
DIE LINKE. Burgenlandkreis,
Vors.Katja Bahlmann

Postfach 1565
06605 Naumburg

Tel: 03445/261233
Fax: 03445/261324

Im Netz unter:
www.dielinke-blk.de

Mail :

kv-blk@dielinke-lsa.de

Spendenkonto:

Bitte teiefonisch erfragen!

Alle namentlich gekennzeichneten Beiträge sind nicht immer Meinung der Redaktion. Redaktionsschluss ist der 20. eines jeweiligen Monats. Zuarbeiten sind bis zum 15. eines jeden Monats bei der Redaktion (Reinhard Weber) abzugeben.

V.i.S.d.P.:
Katja Bahlmann
Kreisvorsitzende

Tag der Befreiung

Vor 72 Jahren ging in den Flammen des von den Nazis entfesselten Zweiten Weltkrieges das Deutsche Reich unter. Die Streitkräfte der Antihitlerkoalition besiegten die faschistischen Aggressoren, wobei die Sowjetarmee den militärischen Hauptbeitrag leistete und die Völker der von Hitlerdeutschland heimtückisch überfallenen Sowjetunion die meisten personellen und materiellen Opfer zu erbringen hatten.

Der 8. Mai ist freilich mit der Kapitulation und der beispiellosen Niederlage des deutschen Imperialismus 1945 verbunden, doch ist er historisch vorrangig und hauptsächlich der Tag der Befreiung von der bis dahin übelsten Geißel der europäischen und Weltzivilisation in Gestalt der Naziherrschaft, verbunden mit industriemäßiger Massenvernichtung slawischer Völker und mit dem Holocaust gegenüber den Juden. Die Befreiung der Menschheit vom Hitlerfaschismus ermöglichte auch dem deutschen Volk einen Neuanfang, das Überwinden der verheerenden Folgen des Zweiten Weltkrieges.

Der 8. Mai steht am Anfang der längsten Friedensperiode in der Geschichte des deutschen Volkes. In der Vorgeschichte und in der eigentlichen Geschichte deutscher Staatlichkeit hat es nie zuvor einen derartigen Zeitraum von nunmehr 72 Jahren ohne Krieg gegeben. Mit dem Ende des über 40 Jahre währenden Kalten Krieges ergab sich die einzigartige Chance, in Europa und in der ganzen Welt eine stabile Friedensordnung zu errichten. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) hätten als dafür geeignete Instrumente genutzt werden können. Doch diese Möglichkeiten blieben ungenutzt.

Die Bundesregierung hat sich von den USA und den führenden NATO-Strategen für einen Kurs instrumentalisieren lassen, der einem neuen Kalten Krieg gefährlich nahekommt. Bundeswehrsoldaten in baltischen Ländern an der Grenze zu Russland—welch ein Hohn auf die historischen Erfahrungen und Lehren. Die Solidarität mit den Opfern des Terroranschlages in St. Petersburg durch Verweigerung der Illuminierung des Brandenburger Tores seitens des Berliner Senats zu verweigern—welch fatales Signal! Zum völkerrechtswidrigen Militärschlag Trumps gegen Syrien positionierten sich Bundeskanzlerin Merkel und andere deutsche Politiker als dessen Claqueure. Ein grundlegendes Gebot verlangt: Die Spannungen in Europa und in anderen Weltregionen können nur gemeinsam mit Russland gelöst werden und dagegen gar nicht. Ansonsten wird die Unberechenbarkeit des internationalen Geschehens noch weiter eskalieren.

- weiter auf Seite 2 - →

Fortsetzung Kolume

72 Jahre nach der Befreiung der Völker vom Faschismus spielen in einigen europäischen Ländern Rechtsextremisten, Nationalisten und Neofaschisten wieder eine bedeutende Rolle. Mit populistischen Parolen sind sie bis in die Mitte der Gesellschaft eingedrungen. Die wachsende Kluft zwischen der immer reicher werdenden Oberschicht der Gesellschaft—dies konnte sogar im Reichtums– und Armutsbericht der Bundesregierung nicht ausgespart werden—und den vom Wirtschaftsaufschwung abgehängten Bevölkerungsteilen haben Rechtsextremisten und Neonazis auch in Deutschland—namentlich in Sachsen-Anhalt—eine Massenbasis erlangen könnten. Die traditionelle bürgerliche Demokratie und der demokratische Zusammenhalt der Zivilgesellschaft werden zunehmend gefährdet.

Die aktuelle Situation gebietet eindringlich das Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte gegen die Ausbreitung von Rechtsextremismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und nazistischer Begriffe, Parolen und Ideologien.

Winfried Steffen

Mitgliederbrief der Bundesvorsitzenden Bernd Riexinger, Katja Kipping

Liebe Genossinnen und Genossen,

am ersten Wochenende im April haben wir unseren Entwurf für den Leitantrag zum Bundestagswahlprogramm im Parteivorstand diskutiert und versabschiedet. Nach einer guten Diskussion, mit vielen Vorschlägen noch einarbeiten konnten, gab es nur eine Gegenstimme und wenige Enthaltungen. In Presse und Medien ist der Entwurf schon gut besprochen worden. Die große Zustimmung hat uns gezeigt: Unser Programmentwurf trifft einen Kern. Wir reden nicht nur von sozialer Gerechtigkeit. Wir zeigen, dass wir konkrete, machbare und bezahlbare Alternativen haben, die Einstiege in eine für alle sozial gerechte Gesellschaft sind.

Und das ist dringend nötig: Unser Land ist gespalten wie nie zuvor, Reichtum und Armut nehmen zu. Kinderarmut nimmt weiter zu. Der Mindestlohn reicht nicht, um für eine armutsfeste Rente vorzusorgen. Die Sorgen, ob die Miete noch bezahlbar ist und wie die Zukunft aussieht, nehmen für viele Menschen zu. Statt für gute Krankenhäuser, Schulen und Kitas plant die Regierung Milliardenausgaben für die Aufrüstung der Bundeswehr. Rechte Parteien wollen die Sorgen der Menschen gegen Schwächere wenden, sie schüren Rassismus und Nationalismus. DIE LINKE steht dagegen - mit einem Programm für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Sozial gerecht für alle – das ist DIE LINKE!

Es ist genug für alle da, wenn alle genug beisteuern: Wir wollen Vermögen ab der zweiten Million und hohe Erbschaften besteuern. Bei der Lohn- und Einkommensteuer wollen wir die unteren und mittleren Einkommen entlasten: der Freibetrag wird auf 12 600 Euro im Jahr erhöht. Alle, die als Alleinstehende mehr als 7 100 Euro brutto im Monat verdienen, werden entlastet, das ist die große Mehrheit der Beschäftigten. Der Spitzensteuersatz wird wieder auf 53% angehoben - für den Teil des Einkommens, der oberhalb von 70 000 Euro liegt. Und für jeden Euro ab der ersten Million jährliches Einkommen sind 75 Prozent Steuern mehr als gerecht.

Gute Arbeit und soziale Garantien für alle: Wir kämpfen für 12 Euro Mindestlohn und eine armutsfeste Mindestsicherung von 1 050 Euro ohne Sanktionen Das soll dafür sorgen, dass der wichtigste Artikel des Grundgesetzes mit Leben gefüllt wird: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die sachgrundlosen Befristungen und die Leiharbeit müssen beendet und dem Missbrauch von Werkverträgen ein Riegel vorgeschoben werden. Wir setzen auf kürzere Arbeitszeiten und eine gerechte Verteilung der Arbeit. Wir wollen soziale Sicherheit für alle Menschen in unserem Land.

Gute Renten und Gerechtigkeit in Ost und West: Statt Armutsrenten braucht es eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1 050 Euro. Das Rentenniveau wollen wir erhöhen und die Ostrenten sofort angleichen. Zeiten im Niedriglohn wollen wir aufwerten. Mit unserem Rentenkonzept hat eine Durchschnittsverdienerin mit einem Bruttolohn von 1.940 später monatlich rund 270 Euro mehr Rente.

Mieten senken - Wohnen für alle Menschen bezahlbar machen: In Gebieten, in denen Mieten stark gestiegen sind, müssen sie auf eine Obergrenze von 8,50 Euro gekappt und Mieterhöhungen ausgeschlossen werden. 250 000 neue Wohnungen im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau sollen dauerhaft bezahlbaren Wohnraum für Geringverdienende und Familien sichern. Wir wollen die Spekulation mit Wohnraum unterbinden.

Zwei-Klassensystem bei Gesundheit und Pflege überwinden: Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung schaffen, in die alle mit allen

Einkommen einzahlen. Arbeitgeber und Beschäftigte zahlen wieder paritätisch ein. Der Beitragssatz sinkt auf unter 12 Prozent. Wir streichen die Zuzahlungen für Medikamente, Zahnersatz und Brillen. Die Pflegeversicherung muss alle Pflegeleistungen und -kosten übernehmen und zur Vollversicherung werden. Wir sorgen für bessere Löhne in der Pflege und für 160 000 neue Stellen in den Krankenhäusern.

Kinderarmut bekämpfen, kostenfreie Bildung für alle: Wir wollen das Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen. Wir wollen eine Kindergrundsicherung von 564 Euro für alle Kinder und Jugendlichen, solange die Infrastruktur für Kinder mangelhaft ist. Die Fahrt in Bussen und Bahnen sollte für alle Kinder frei sein, und es muss ein kostenloses, warmes und gesundes Mittagessen in allen Kitas und Schulen geben.

Wir stehen als Partei des Friedens gegen Aufrüstung und Krieg: Wir wollen Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden, Waffenexporte unterbinden und Fluchtursachen bekämpfen. Statt Milliarden für die Aufrüstung: mehr Mittel für Entwicklungshilfe und zivile Konfliktlösungen. Zu sozialer Sicherheit gehört auch der Schutz vor Terror und Gewalt. Wir wollen fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA. Wir stehen für eine sozial gerechte Energiewende und konsequenten Klimaschutz. Wir wollen ein friedliches Europa für die Menschen, statt eine EU der Abschottung und Aufrüstung, der unsozialen Politik und des Rechtspopulismus. Wir verteidigen das Asylrecht und zeigen den Rechten die Rote Karte!

„Die Zukunft, für die wir kämpfen. Sozial. Gerecht. Für alle“, ist der Titel unseres Wahlprogramms, und mit dieser Botschaft gehen wir in die kommenden Monate bis zur Bundestagswahl. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass keine Partei an den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit vorbei kommt. Je stärker DIE LINKE wird, desto eher müssen diejenigen, die nur von Gerechtigkeit reden, ihren Worten Taten folgen lassen.

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sind wichtige Etappen auf dem Weg zur Bundestagswahl. In beiden Ländern braucht es eine starke LINKE im Landtag! Wir werden in den nächsten Wochen die Genossinnen und Genossen in den Wahlkämpfen unterstützen. Wenn ihr Möglichkeiten habt, das auch zu tun, meldet euch bei niels.schmidt@dielinke-nrw.de. Jede Unterstützung, auch jede Spende, ist willkommen und kann uns helfen, über die 5-Prozent-Hürde zu kommen.

Wir legen euch ein Flugblatt bei: Sozial.Gerecht.Für Alle - konkret. Wir laden euch ein, damit an die Infotische und Haustüren zu gehen, es rund um den 1. Mai oder im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ zu verteilen. Wir machen nicht nur schöne Worte, wir streiten für konkrete Alternativen, für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Machen wir sie bekannt!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir freuen uns auf den gemeinsamen Wahlkampf, lasst ihn uns kraftvoll und entschlossen - und mit Spaß an der Auseinandersetzung führen.

Informationen vom Kreisparteitag am 8. April 2017

Unser Kreisparteitag stand unter dem Motto „2007—2017 - 10 Jahre DIE LINKE. Wulf Gallert, Vizepräsident des Landtages Sachsen-Anhalt, hielt einen zur Diskussion anregenden Impulsvortrag zur Entwicklung und Geschichte unserer Partei. Der Kreisparteitag hatte unter anderem 2 Anträge abzuarbeiten. Der erste beinhaltete die Strategie und den Ablaufplan der Arbeit des Kreisverbandes bis zur Bundestagswahl. Dieser wurde mehrheitlich von den Delegierten angenommen. Der zweite Antrag aus dem Stadtverband Weißenfels regte, an von der bisherigen Organisationsform unserer Arbeit im Kreisverband anhand von Kreisparteitagen zur zukünftigen Organisationsform unserer Arbeit auf Grundlage von Mitgliedervollversammlungen überzugehen. Die angeregte Diskussion von Für–, aber mehrheitlich Gegenreden gegen diesen Antrag, veranlasste den Antragsteller im Namen des Stadtverbandes Weißenfels, Lars Brzyk, diesen Antrag zurückzuziehen. Vom Kreisparteitag erging der klare Arbeitsauftrag an die Basisorganisationen und Stadtverbände, bis zur Sommerpause die Diskussion mit dem Mitgliedern darüber zu führen. Die angeregte Debatte behandelte die Themen wie Kritik am Bundestagswahlprogramm, Neues aus dem Kreiswahlbüro, Mitgliederbewegung und Resonanz auf die Mitgliederbriefe sowie Termin der nächsten Zeit im gesamten Kreisverband. Für interessierte Genossinnen und Genossen liegt das Protokoll des Kreisparteitages im Wahlkreisbüro Roland Claus (MdB) zur Ansicht aus. Die BO-Vorsitzenden erhielten zur BO-Vorsitzendenberatung im April jeweils eine Kopie mit Anlagen.

Der nächste Kreisparteitag findet voraussichtlich im Oktober/November 2017 statt und wird unser Wahlkreisparteitag für die Neuwahl der Gremien sein. Ich bitte alle Genossinnen und Genossen für sich zu prüfen, inwieweit für jeden von Euch eine Arbeit im Kreisvorstand in Frage kommt.

Katja Bahlmann (Vorsitzende DIE LINKE. BLK)

AUFRUF BERND RIEXINGER!

Sozial gerecht, für alle! Am 1.Mai machen wir Druck für gute Arbeit, höhere Rente und Umverteilung des Reichtums!

Millionen Menschen in Deutschland wünschen sich bessere Löhne, sichere Arbeitsplätze, weniger Stress und Arbeitszeiten, die mit dem Leben mit Kindern, Familie und Freundschaften vereinbar sind. Eigentlich Selbstverständlichkeiten. Aber Viele arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen doch mit ihrem Lohn kaum bis zum Monatsende über die Runden. Sorgen um den Arbeitsplatz und die berufliche Zukunft, Dauerstress und belastende Arbeitszeiten machen krank. Die Politik der Großen Koalition hat daran kaum etwas geändert.

Wenn sich in der Arbeitswelt und in der Rentenpolitik nicht gründlich etwas ändert, wird in Zukunft die Mehrheit der Frauen und jeder zweite Beschäftigte für die Anstrengungen in der Arbeit mit Renten unterhalb der Armutsgrenze „belohnt". Immer mehr Menschen müssen sich verschulden, um die Pflegekosten für sich oder Angehörige tragen zu können. Es ist nicht gerecht, wenn eine Familie mit zwei Durchschnittsverdienenden 50 Prozent ihres Einkommens für die Miete zahlt.

Im Jahr der Bundestagswahl haben die zahlreichen Demonstrationen zum 1.Mai eine besondere Bedeutung. Bei der Bundestagswahl geht es um die einfache Frage: Wird dieses Land gerechter oder geht es weiter so?

Wer nicht den Mut hat, sich mit den Mächtigen anzulegen, der braucht nicht von sozialer Gerechtigkeit zu reden. Die reichsten zehn Prozent besitzen mehr als die Hälfte des gesellschaftlichen Reichtums, die untere Hälfte gerade mal ein Prozent. Zugleich breitet sich die soziale Kälte in Deutschland immer weiter aus. Rechte Hetze und Gewalt sind auf dem Vormarsch und die Bundesregierung reagierte prompt: mit den Stimmen aller Parteien außer der LINKEN wurde das Asylrecht verschärft. Bei der Bundestagswahl entscheiden wir auch über die Grundlagen der Demokratie.

Ein Regierungswechsel allein genügt nicht. Als LINKE kämpfen wir für einen Politikwechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit und konsequenter Friedenspolitik:

- Jeder muss vom Lohn und der Rente leben können. **Wir kämpfen für einen Mindestlohn von 12 Euro und eine Mindestrente von 1050 Euro.** Mit unserem Rentenkonzept hat eine Durchschnittsverdienerin mit einem Bruttolohn von 1.940 später monatlich rund 270 Euro mehr Rente.
- **Gute statt prekäre Arbeit:** sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit müssen abgeschafft und Minijobs in sozial abgesicherte Beschäftigung überführt werden.
- Statt den menschenunwürdigen Sanktionen gegen Erwerbslose braucht es eine **sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050 Euro** und eine längere Bezugsdauer des ALG-I!
- **Multi-Millionäre zur Kasse:** Wir wollen eine Vermögenssteuer für Multi-Millionäre und mit den Einnahmen dringende Investitionen in Schulen und Kitas, mehr Personal in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege sowie in dauerhaft bezahlbare Wohnungen im sozialen Wohnungsbau finanzieren.
- **Mieten senken:** In Gebieten, in denen Mieten stark gestiegen sind, müssen Mieterhöhungen verboten und die Mieten auf eine **Obergrenze von 8,50 Euro** gekappt werden.
- In Zeiten globaler Krisen und Fluchtbewegungen braucht es **Abrüstung statt Waffenexporte und Milliarden-Aufrüstung** für die NATO!

Es kommt auf jede und jeden von uns an. Gemeinsam können wir Druck machen für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit, für Frieden und für Alternativen zum Kapitalismus.

PISA-Auswertung muss zu denken geben

»Dieser Befund muss uns zu denken geben. Denn wer Angst vor Tests und Prüfungen hat, wer unter Leistungsdruck leidet und dabei in seinem Umfeld kaum Verständnis findet, kann schlechter lernen«, erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Rosemarie Hein, mit Blick auf eine aktuelle PISA-Auswertung zu Lernumfeld und Lernverhalten von 15-Jährigen, die besagt, dass mehr als 50 Prozent Angst vor schlechten Noten und 15 Prozent in der Schule Mobbing erfahren haben. MEHR...

mehr unter: http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/aktuell/detail/zurueck/startseite/artikel/pisa-auswertung-muss-zu-denken-geben-2

Parlamentarische Initiativen zur 12. Sitzungsperiode des Landtages (Auszug)

Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Drs. 7/1138)

Die Vorgänge um Wahlfälschungen im Landkreis Stendal über Jahre hinweg haben an der Glaubwürdigkeit von Politik und demokratischen Mitbestimmungsprozessen massiv gerüttelt. Trotz vieler Fakten und politischer Aufklärungsversuche ist das berechtigte öffentliche Interesse nicht vollständig befriedigt. Ziel des von der Fraktion DIE LINKE beantragten Untersuchungsausschusses ist die konsequente und vollständige Aufklärung der Vorgänge. Diese ist durch alle demokratischen Parteien umso dringlicher gefordert, da der Prozess um die Stendaler Briefwahlaffäre neue Erkenntnisse und Fragen hervorbrachte. Der Untersuchungsausschuss soll sich hauptsächlich auf die Kommunalwahlen in der Hansestadt bzw. im Landkreis Stendal in den Jahren 2009, 2012, 2014 und 2015 konzentrieren. Insbesondere gilt es aufzuarbeiten, ob und wo durch Tun bzw. Unterlassen oder aufgrund fehlender Kontrollmechanismen des Landes und der Kommune Verstöße gegen wahlrechtliche Vorschriften, unzulässige Beeinflussungen und Manipulationen von Wahlergebnissen überhaupt erst möglich wurden. Handelte es sich bei den Vorgängen in Stendal zudem um eine systematische Wahlmanipulation bzw. lässt sich diese belegen? Im Ergebnis soll der Untersuchungsausschuss die Frage beantworten, ob und inwieweit die geltenden wahlrechtlichen Vorschriften des Landes überarbeitet werden müssen.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundsicherungsgesetzes Sachsen-Anhalt (Drs. 7/1175)

In welcher Höhe sind Kosten für Unterkunft und Heizung als grundsichernde Leistungen für Arbeitssuchende in einem Gebiet angemessen? Ist es sinnvoll, die Bedarfe für Unterkunft und Heizung in einem bestimmten Gebiet zu pauschalieren? Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE sollen darüber künftig auch die Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte mitentscheiden können. Bisher gilt, dass alleinige Entscheidungsträger der Landrat oder der Oberbürgermeister der kreisfreien Stadt sind. Diese Praxis zeigt jedoch, dass sich oft mit Nebenfragen und Vollzug beschäftigt wird. Ziel der angestrebten Gesetzesänderung ist, den Mitgliedern der Kreistage und Stadträte per Antrag ein Mitentscheidungsrecht einzuräumen. Die tatsächlichen Bedarfe der grundsichernden Leistungen für Unterkunft und Heizung können so näher an den Betroffenen orientiert ermittelt werden.

Kapitalerträge gerecht besteuern (Drs. 7/1176)

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt eine Bundesratsinitiative des Landes Brandenburg, die darauf zielt, die Abgeltungssteuer abzuschaffen und zur progressiven Besteuerung bei Kapitaleinkünften zurückzukehren. Die Abgeltungssteuer, die Kapitaleinkommen seit der Unternehmenssteuerreform 2008 mit einem abgeltenden Steuersatz von konstant 25 Prozent belegt, ist obsolet, zumal sie Kapitaleinkünfte gegenüber Löhnen und anderen Einkunftsarten seit jeher privilegierte. Eingeführt als Instrument für mehr Steuerehrlichkeit bei Einkünften aus Zinsen und Dividenden und gegen die Verlagerung von Vermögen ins Ausland, ist die Abgeltungssteuer inzwischen durch neue effektive Instrumente zur Bekämpfung grenzüberschreitender Steuerhinterziehung überholt worden, etwa durch das 2015 von Bundestag und Bundesrat beschlossene Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz. Wird die Abgeltungssteuer abgeschafft, würde sich eine Gerechtigkeitslücke schließen und Bezieherinnen und Bezieher hoher Kapitaleinkünfte könnten künftig stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls herangezogen werden.

Weiterentwicklung der Eliteschulen des Sports in Magdeburg und Halle (Saale) (Drs. 7/1177)

Die Entwicklung der zurückliegenden Jahre hat gezeigt, dass vorhandene Potenziale deutscher Sportlerinnen und Sportler, auch aus Sachsen-Anhalt, nicht ausgeschöpft werden und die Leistungsentwicklung nicht zufriedenstellt. Mit ihrem Antrag will die Fraktion DIE LINKE deshalb auf den Prüfstand stellen, ob die derzeitigen Bedingungen an den Eliteschulen des Sports in Magdeburg und Halle/Saale leistungssportliche Karrieren ausreichend unterstützen. Für heranwachsende Talente müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die neben der schulischen Ausbildung ein kontinuierliches und leistungsförderndes Training ermöglichen, ohne sie dabei zu überfordern. Deshalb sollen Handlungsfelder identifiziert und Maßnahmen ergriffen werden, um das schulische Umfeld von jungen Nachwuchssportlerinnen und –sportlern, unter anderem durch geeignete Sonderregelungen, so zu gestalten, dass die Anforderungen eines intensiven Leistungstrainings soweit wie möglich mit den Bildungs- und Lebensbedürfnissen der Heranwachsenden in Einklang gebracht werden.

Denkanstöße zur Umgestaltung einer aus den Fugen geratenden Welt

Politische Bildung, Teil 41e

Die demografische Entwicklung verlangt gleichfalls von der Politik in unserem Land nach einem tragfähigem Konzept. Der Bevölkerungsrückgang kann nur gestoppt werden mit der bei Familien mit Migrationshintergrund höheren Geburtenrate als der des Durchschnitts der eigentlichen deutschen Familien. Beeinflusst wird dieses Geschehen auch durch das Flüchtlingsproblem. Den bestätigten Asylbewerbern muss die Möglichkeit gegeben werden, sich durch Bildungsmaßnahmen und baldige Arbeitsaufnahme in unsere Gesellschaft zu integrieren. Eine multikulturelle Gesellschaft geht im Zeitalter der Globalisierung unvermeidbar daraus hervor. Als Einwanderungsland brauchen wir ein effektives Einwanderungsgesetz - etwa nach dem Muster Kanadas oder Australiens, insbesondere unter dem Aspekt, dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Diese Entwicklungsrichtung lässt das Hervorheben einer spezifischen deutschen Leitkultur als nicht mehr zeitgemäß erscheinen. Auf die Propagierung einer solchen Leitkultur sollte verzichtet werden. Was nichts daran ändert, dass unser Kulturkreis historisch vom Christentum geprägt wurde und wird. Nicht integrationswillige Ausländer haben keinen Anspruch auf dauerndes, unbegrenztes Bleiberecht. Die Bundesregierung ist gefordert, aktiv zur Befriedung derjenigen Länder, aus denen massenhaft Flüchtlinge nach Deutschland kommen, beizutragen und so auch echte Entwicklungshilfe zu leisten. Die jungen Leute werden gebraucht, um ihre Heimatländer tatkräftig zu gestalten. Nach dem Katastrophe des Zweiten Weltkrieges mussten die Deutschen das auch tun.

Die künftige demografische Entwicklung verlangt in Deutschland eine Rentenpolitik, die dieser gerecht wird. Die Rentenpolitik wird im Vorfeld der kommenden Bundestagswahlen eine große Rolle spielen. Es bedarf eines langfristigen Konzepts, um angesichts sinkender Zahl von Beschäftigten, bei einer Anzahl von Ruheständlern und zunehmender mittlerer Lebenserwartung drohende Altersarmut zu vermeiden. Bislang ist über 25 Jahre nach der Wiederherstellung der einheitlichen deutschen Staatlichkeit noch immer nicht der Unterschied der Renten zwischen denen in der Alt-BRD und den neuen Bundesländern gelungen. Um für jetzt und für künftige Generationen eine einigermaßen gerechte Rentengestaltung herbeizuführen, ist die Finanzierung grundlegend neu zu gestalten. 1. In die Rentenversicherung müssen alle Bürgerinnen und Bürger—Arbeiter, Angestellte, Freiberufler, Unternehmer, Beamte, Politiker—differenziert nach ihrem Einkommen einzahlen. 2. Die Bemessungsgrenze für den Rentenbeitrag wird erhöht. Eine Beitragsförderung darüber hinaus erfolgt nicht. Es geht nicht um eine teilweise Enteignung der Spitzenverdiener. Solche—beispielsweise Spitzensportler und hoch bezahlte Künstler—sollten verstärkt zu Stiftungen angeregt werden. 3. Der individuell zu zahlende Beitragssatz sollte die jetzige Höhe nicht übersteigen. 4. Zur Finanzierung der Renten sind auch Bundesmittel zu verwenden, um eine Mindestrentenhöhe zu sichern. welche Altersarmut ausschließt. Diese Mittel aus dem Bundeshaushalt sollten auf einer stärkeren Besteuerung besonders hoher Vermögen (Multimillionäre und Milliardäre) und einer den sozialen Erfordernissen gerecht werdenden Erbschaftssteuer basieren. Die reale Gesellschaft sollte zu einer echten Solidargemeinschaft aller in Deutschland lebenden Bürgerinnen und Bürger entwickelt werden. Die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten müssen so bemessen werden, dass jedem Altersvorsorge aus eigenem Einkommen ermöglicht wird. Es sollte Schluss gemacht werden mit Konzepten zu einem höheren Renteneintrittsalter. Es bedarf einer verbindlichen Obergrenze (65 bis 67 Jahre) und einer Staffelung nach Berufsgruppen bezüglich des ungekürzten Renteneintritts. Ansonsten stellen neue Festlegungen über höheres Renteneintrittsalter nichts anderes dar als empfindliche reale Rentenkürzungen.

In Fortsetzung des mit der Verkündung der Truman-Doktrin 1947 reklamierten Anspruchs des USA-Imperialsismus auf die Führung der Welt sehen sich die herrschenden Kreise der USA als die Sieger im Kalten Krieg. Von da aus beanspruchen sie in geradezu allen Teilen der Welt Sicherheitsinteressen der USA. Die Lehren aus dem schmählich verlorenen Krieg in Vietnam sind offenbar so gut wie vergessen. Besonders während der Präsidentschaft von George W. Bush wurden Kriege entfesselt mit der Maßgabe - beispielsweise in Afghanistan und im Irak -, die dortigen Regierungen zu stürzen und den Völkern das wesentliche Gesellschaftsmodell überzustülpen. Dieser Kurs wurde auch gegenüber Ländern wie Ägypten, Libyen, Tunesien, Syrien u.a. betrieben. Reaktionöre Regimes wie Saudi-Arabien und Katar zählen zu den wichtigsten Verbündeten. In allen diesen Ländern kam es zu Destabilisierung der Gesellschaft teilweise bis hin zur Zerschlagung jeglicher staatlicher Ordnung und zu gewaltigen Zerstörungen.

Zu Zeiten des Anschlags auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 gab es einige hundert Terroristen. Mit der Zerschlagung des irakischen Staates—begründet mit dem dorti-

gen Vorhandensein von Massenvernichtungsmitteln, die gar nicht existierten - hat sich mit dem so genannten Islamischen Staat (IS) der brutalste Terrorismus formiert. Viele tausend Terroristen wurden rekrutiert, haben bereits in zahlreichen Ländern fürchterliche Anschläge verübt und bedrohen überall die Zivilgesellschaft. Mit dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt ist der Terrorismus auch voll nach Deutschland gelangt.

Diese Gefährdung muss mit allen einsetzbaren Mitteln entgegengetreten werden, und zwar in enger internationaler Zusammenarbeit. Wenn Geheimdienste in der Gegenwart Existenzberechtigung haben sollen, dann für das Nutzen aller Möglichkeiten, jedwede Terroristen oder potenzielle Terroristen (Gefährder) aufzuspüren, zu überwachen und auszuschalten. Geheimdienste und Rechtsstaat müssen eng koordiniert vorgehen, um die Zivilgesellschaft so gut wie irgend möglich vor terroristischen Anschlägen zu sichern. Es reicht nicht aus, die mehreren hundert Gefährder, die sich faktisch ungehindert quer durch Deutschland bewegen können, zu beobachten. Sie müssen festgesetzt und baldmöglichst abgeschoben werden. Es kann nicht gewartet werden, bis sie Terroranschläge ausgeführt haben.

In engem Zusammenhang damit steht das Wirken des Rechtsstaates gegen alle Formen von Kriminalität. Die größte Sicherheitsgefährdung geht von rechtspopulistisch geprägten Gruppierungen aus, die in allen Bundesländern bereits Anschläge gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte, gegen Objekte, die zur Flüchtlingsunterbringung vorgesehen sind, sowie gegen Behörden oder Funktionsträger und Helfer verübt haben. Die Staatsräson gebietet, gegen alle diejenigen, die gegen den Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vorgehen, existenziell infrage stellen. Gewalt gegen Personen und Einrichtungen, Hass gegen Ausländer predigen, Mordhetze und Lügen verbreiten, entschlossen mit polizeilichen und juristischem Mitteln vorzugehen und deren weiteres kriminelles Treiben in der Öffentlichkeit zu unterbinden.

Zusammenrottungen - etwa von der Art des aggressiven Auftretens der Pegida in Dresden am Tag der Deutschen Einheit 2016—und Brandreden auf Demonstrationen haben mit dem Versammlungsrecht und mit Meinungsfreiheit nichts gemeinsam. Festgestellte Randalierer und gewalttätige Hooligans, Personen, die gewaltsam auf Polizei und Sicherheitskräfte losgehen, verdienen keine Nachsicht und sind zu bestrafen. Es kann nicht angehen, dass Gerichtsverfahren gar nicht oder viel zu spät durchgeführt werden, auch nicht, dass Demonstrationsverbote von Kommunen wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung immer wieder von Oberlandesgerichten aufgehoben werden. Gegen Wohnungseinbrüche müssen angemessene und keine Bagatellstrafen verhängt werden. Aufmerksamer und effizienter muss die organisierte Kriminalität bekämpft werden. Zu Recht wird von den Bürgerinnen und Bürgern mehr Polizeipräsenz in den Wohnorten und zur Sicherung wichtiger Objekte gefordert. Die Personalreduzierung bei Polizei und Sicherungskräften ist Sparen an völlig falscher Stelle.

Offenkundig besteht noch großer gesellschaftlicher Handlungsbedarf, um Korruption, Amtsmissbrauch und Vorteilsnahme, um Verschwendung öffentlicher Mittel einzudämmen, und zwar auf allen Ebenen: zentral, auf Landesebene und regional.

ACHTUNG—NÄCHSTE BILDUNGSVERANSTALTUNG DIE LINKE!

diesmal mit

Matthias W. Birkwald

(MdB-rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE.)

Statt Altersarmut—Rente rauf!

Montag, 22. Mai 2017

um 18.00 Uhr

Ort: Familienbildungsstätte Naumburg, Neustraße 47

Veranstalter: DIE LINKE. Kreisverband Burgenlandkreis

Schule bleibt Steinbruch zur Haushaltssanierung

Zu den Ankündigungen im Bereich Bildung erklärt der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Thomas Lippmann (red. gekürzt):

„Die Sicherung unseres leistungsfähigen Bildungssystems ist kein Schwerpunkt der Arbeit der aktuellen Landesregierung. Das zeigen alle bisherigen Beschlüsse zum Landeshaushalt, aber auch speziell zu den befristeten Sprachlehrkräften oder zum Einsatz pädagogischer Mitarbeiter*innen an Grundschulen und Förderschulen – das offensichtliche Desinteresse an einer guten Bildungsqualität.

Die ins Feld geführten höheren Einstellungszahlen in 2016 sind keine Leistung dieser Landesregierung. Im Ergebnis waren sie nicht einmal ausreichend, um allein alle ausscheidenden Lehrkräfte zu ersetzen, geschweige denn, die für die steigende Zahl von Schüler*innen zusätzlich erforderlichen Lehrkräfte zu gewinnen. Auch 2017 wird es voraussichtlich nicht gelingen, die Zahl der Lehrkräfte zu erhöhen. Dafür sind die Maßnahmen der Schulbehörden zur Personalgewinnung völlig unzureichend und unflexibel.

In Erwartung weiter steigender Schülerzahlen ist absehbar, dass sich die ohnehin schlechte Unterrichtssituation weiter verschlechtern wird. Deshalb richten sich die Aktivitäten des Bildungsministers jetzt darauf, Bildungsangebote und Qualität Bildung von vorn herein einzuschränken, um damit zumindest auf dem Papier die Unterrichtsversorgung schönzurechnen. Das aber ist keine Schwerpunktsetzung im Bereich Bildung, sondern Betrug an allen Beteiligten. Letztlich kann auch von der in Aussicht gestellten Stärkung der Sekundarschulen keine Rede sein. Den Schulabschluss noch stärker an den Bedürfnissen der Wirtschaft zu orientieren – stellt keinerlei Gewinn für die Schülerinnen und Schüler dar. Realität ist dagegen, dass im kommenden Schuljahr an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen weniger Lehrkräfte zur Verfügung stehen werden. Statt diesem Aderlass entschlossen entgegenzutreten, wird im Bildungsministerium über weitere Eingriffe in die Stundentafel – z.B. im Bereich der Naturwissenschaften – nachgedacht

Die Landesregierung ist auch im Hinblick auf ihre Ankündigung verschiedener Konzepte – etwa zum künftigen Einsatz pädagogischer Mitarbeiter*innen – bisher jeden konkreten Hinweis auf Verbesserungen des schulischen Angebotes schuldig geblieben. Vielmehr wird sie die Ausgestaltung der Grundschulen mit verlässlichen Öffnungszeiten weiter aushöhlen und damit grundsätzlich in Frage stellen. Auch die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Sprachförderbedarf und sonderpädagogischen Förderbedarf an den Regelschulen wird weiter deutlich eingeschränkt oder nicht mehr gewährleistet sein.

Das gesamte Schulsystem wird so immer mehr auf Verschleiß gefahren und deutlich über die Grenzen der Leistungsfähigkeit belastet. Immer mehr Ausfälle durch erkrankte Lehrkräfte, die aufgrund fehlender Reserven nicht mehr kompensiert werden können, sind die inzwischen überall sichtbaren Folgen einer jahrelangen verfehlten Politik, die auch von der jetzigen Landesregierung nicht korrigiert wird.“

Die LINKE unterstützt „Pestalozzi-Förderschule“ Hohenmölsen finanziell bei ihrer Schulfahrt

In den vergangenen zwei Jahren war der Kampf um den Erhalt unserer Förderschule ein wichtiges Thema und Anliegen nicht nur der Schüler und ihrer Eltern, der Lehrer und pädagogischen Mitarbeiter, sondern fand auch aktive Unterstützung durch unseren Stadtverband Hohenmölsen (jetzt Stadtverband Hohenmölsen-Lützen). Im Ergebnis des Engagements aller ist die Schule in ihrem Bestand auch für das Schuljahr 2017/2018 gesichert (ohne dass damit alle Probleme schon gelöst wären…)

Und wer gemeinsam kämpft, der darf auch gemeinsam entspannte und erholsame Stunden verbringen! Für die Schulfahrt in die Jugendherberge Kretzschau beantragte die Schule finanzielle Unterstützung in Höhe von 300,- € beim **Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V.** Dieser Antrag wurde zu 100 % bewilligt! Es war eine ganz besondere Freude und Ehre, gemeinsam mit unserem Bundestagsabgeordneten Roland Claus den Scheck am 20.04.2017 in der Schule zu übergeben. Die ehrliche Freude und der Dank der gesamten „versammelten“ Schule waren überwältigend!

Wir wünschen euch frohe Tage bei eurer Fahrt, Erholung und kommt gestärkt zurück!

Frank Weidauer, Vorsitzender Stadtverband Hohenmölsen-Lützen

CUBA SI

Ein Brief von Cuba si, der Arbeitsgemeinschaft in unserer Partei. Darin sagen sie Dankeschön für die Spenden und senden mir die Zeitschrift „revista“. Ich erfahre viele interessante Fakten über die geleistete Projektarbeit in Kuba. Diese Projekte sind ja nur dank der finanziellen Hilfe treuer Spender*innen möglich.

Die Solidaritätsaktion Cuba si unterstützt Kuba bei seinem ehrgeizigen Ziel, die Ernährungssouveränität für das Land zu erreichen und durch die Produktion eigener Lebensmittel teure Importe zu reduzieren. So konnte dazu beigetragen werden, die Produktion von Milch, Fleisch, Obst und Gemüse in den Projektbetrieben zu steigern und die technischen Bedingungen zu verbessern sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen, z.B. durch Sanierung von Wohnraum.

Investiert wird auch in Weiterbildung, in Lehrmaterialien und Schulungsräume. Ziel ist es, dass die Projekte nach den vereinbarten fünf Jahren Laufzeit von Mitarbeitern eigenständig fortgeführt und rentabel bewirtschaftet werden.

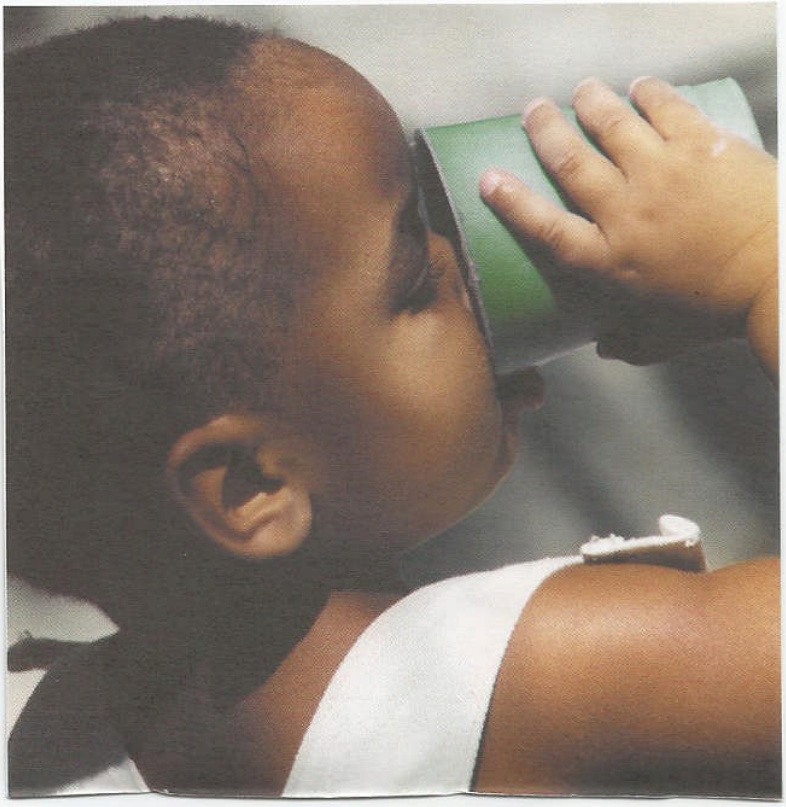
Das Jahr 2016 war ein erfolgreiches, schreibt Cuba si, in einigen Regionen mit Landwirtschaftsprojekten konnten 580.000 Euro bereitgestellt werden. Dazu kommen Investitionen für Transporte von materiellen Solidaritätsgütern, Veranstaltungen, Vorträge, Erhaltung wertvoller Archivarien und vieles andere.

Ich lese auch vom Bericht Kubas vor der UNO, der jedes Jahr im Oktober dort vorgelegt wird „US-Blockade - unmoralisch und kriminell“. Unvorstellbar, was durch diese Blockade dem Land für Schaden entsteht, wie weitreichend dieser Wirtschaftskrieg ist. Wenn man das gelesen hat, wird umso mehr verständlich, wie nötig Hilfe von außen ist.

Im zurückliegenden Jahr konnte die AG Cuba si ihren 25. Jahrestag feiern, 25 Jahre gelebte Solidarität. Dazu herzlichen Glückwunsch und weiterhin viele Erfolge, Ideen und unterstützende Partner*innen. Jede Spende ist willkommen.

Viva Cuba, viva la Solidaridad.

Karin Denk



Unser Spendenkonto

- **Sonderspendenkonto** beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí:
  Berliner Sparkasse
  IBAN: DE 06 1005 0000 0013 2222 10
  BIC: BE LA DE BE XXX
- **Achtung:** Bitte den Verwendungszweck für unsere Spendenkampagnen immer angeben: **Milch für Kubas Kinder** oder **Kuba muss überleben**

Cuba sí

AG in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 009-455, -456
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

Mut gegen Brandstifter

Ehepaare mit Preis für Zivilcourage geehrt

Torgau. Für ihr couragiertes Auftreten und Handeln sind das ehemalige Bürgermeister-Ehepaar **Markus und Susanna Nierth** sowie das Künstlerehepaar Birgit und Horst Lohmeyer mit dem Preis »Das unerschrockene Wort« geehrt worden. Die mit insgesamt 10 000 Euro dotierte Auszeichnung, die der Bund der Lutherstädte alle zwei Jahre vergibt, wurde am Samstag in der Schlosskirche von Torgau verliehen. Markus Nierth und seine Frau aus Tröglitz in Sachsen-Anhalt wurden deutschlandweit bekannt, als sie sich trotz feindseliger Stimmung im Ort für die Unterbringung von Flüchtlingen engagierten. Im April 2015 brannte schließlich der Dachstuhl eines für Flüchtlinge vorgesehenen Wohnhauses aus. Die mutmaßlichen Brandstifter wurden nicht gefasst, Ermittlungen inzwischen eingestellt. NPD-Mitglieder hatten Demonstrationen auch vor dem Haus des Paares organisiert. Nierth war daraufhin von seinem Amt als Bürgermeister zurückgetreten.

Das Ehepaar Lohmeyer lebt in dem als »Nazi-Dorf« bekannt gewordenen Jamel in Mecklenburg-Vorpommern und veranstalteten jährlich das Rockfestival gegen Rechts »Jamel rockt den Förster«. Mitte August 2015 hatten Unbekannte die Scheune auf dem Grundstück in Brand gesteckt. Die Tätersuche blieb bislang erfolglos. »Wer schweigt, stimmt zu«, sagte die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth in ihrer Laudatio. dpa/nd

Bundesausgabe vom Montag, 24. April 2017, Seite 14 (4 Views)
Foto: Facebook/susa_nierth

Gründung des Netzwerks gegen Kinderarmut Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt ist fast jedes dritte Kind von Armut gefährdet. Im vergangenen Jahr lebten 72 495 Kinder unter 18 Jahren von staatlicher Grundsicherung. Die Armutsfolgen für Kinder sind extrem: Sie sind überdurchschnittlich oft von gesundheitlichen Risiken betroffen, leiden unter mangelnder sozialer Teilhabe, haben häufig einen schlechteren Zugang zu Bildung, der Übergang in das Erwerbsleben gestaltet sich oft schwierig.
Für die wirksame Bekämpfung der Kinderarmut und der Armutsfolgen sind ein breiter gesellschaftlicher Diskurs und Konsens notwendig.
Deshalb fand am Mittwoch, 19. April 2017, von 10 bis 13 Uhr im Landtag von Sachsen-Anhalt das Gründungstreffen des Netzwerks gegen Kinderarmut Sachsen-Anhalt statt.
Als Gründungsmitglieder waren zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Sozialverbände und Engagierte aus der Kinder- und Jugendarbeit anwesend. Außerdem standen unsere Expertin für Kinderarmut Eva von Angern und unsere sozial- und familienpolitische Sprecherin Monika Hohmann als Gesprächspartnerinnen zu Verfügung.
Das Netzwerk wird künftig tragfähige Konzepte und Handlungsstrategien zur Armutsprävention und -bekämpfung entwickeln und sich an den tatsächlichen Lebenslagen der Kinder orientieren. Dies wird in einem engen Dialog mit Expertinnen und Experten, Eltern sowie Menschen, die im Ehrenamt oder beruflich mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, geschehen.

Dieser Evet (JA) für Erdoğan ist ein Ja-mit-Denkzettel für seine Präsidialdespotie

Am Sonntag, 16. April 2017, waren rund 55 Millionen Wahlberechtigte der Türkei dazu aufgerufen, einer Verfassungsänderung und damit einem Präsidialsystem zuzustimmen oder eine solche Änderung abzulehnen – evet oder hayır. Mit der Entscheidung für das Ja-Lager um die AKP von Präsident Erdoğan soll die Politik der Türkei spätestens ab 2019 auf Erdoğan beziehungsweise den Präsidenten zugeschnitten sein und ihn mit nahezu uneingeschränkter, vor allem aber unkontrollierter Macht ausstatten. Dazu Martina Michels, stellvertretendes Mitglied in der parlamentarischen Delegation EU-Türkei des Europaparlaments:

„Die Entscheidung kann - kurz nach Schließung der Wahllokale - nicht überraschen. Sie zeigt deutlich, dass Erdoğan das Land tief gespalten hat. Mit der massiven Einschüchterung und Benachteiligung der Opposition und der vielfältigen hayır-Bewegung gelang es Erdoğan offenbar, eine hauchdünne Mehrheit der abgegebenen Stimmen für seine Vorhaben einzusacken.“

„Wahlbeobachtende konnten, vor allem im Südosten der Türkei, nicht uneingeschränkt ihrer Aufgabe nachkommen. Es gab neben Ja-Stempeln auf Nein-Stimmen auch die Auszählungen nicht registrierter Wahlscheine. Im Südosten der Türkei kam es mehrfach zur Aufforderung einer offenen Stimmabgabe und auch zu Gewalt und tödlichen Schüssen in Wahllokalen. Schon zuvor wurde bis zu einer halben Million Menschen im Südosten der Türkei durch Erdoğans Krieg gegen die eigene Bevölkerung vertrieben. Viele konnten angeblich nicht rechtzeitig registriert werden, Wahlregister wurden in manchen zwangsverwalteten Kommunen gar nicht erst erstellt. Erdoğan ließ keine Möglichkeit ungenutzt, die Nein-Bewegung einzuschüchtern, oppositionelle Stimmen zu diffamieren, die türkische Medienmaschinerie für sich trommeln zu lassen. Wer nicht für Erdoğan war, dem wurden öffentliche Plattformen entzogen."

Martina Michels hält zum Ausgang fest: „Die neue Machtfülle Erdoğans muss eine Anpassung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei zur Folge haben: Die EU- und die Politik der deutschen Bundesregierung müssen eine offensive und positive Rolle für die türkische Zivilgesellschaft einnehmen, für die Frauenbewegungen, die Opposition und die vielen, verschiedenen Minderheiten.

Die Zivilgesellschaft darf nicht alleingelassen werden, wie man es bereits mit den Bewegungen des ‚Arabischen Frühlings‘ tat.“

„Welche Machtfülle Erdoğan auch immer einnehmen und durchsetzen wird, die EU muss für den Schutz aller Teile der Gesellschaft in der Türkei einstehen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen die Waffenexporte in die Türkei einstellen, die Bundesregierung den Abzug der Truppen aus Incirlik einleiten. Außerdem muss endlich der schmutzige Deal zur Flüchtlingsabwehr aufgekündigt und das Geld stattdessen den Organisationen direkt zuteilwerden, um die Hilfsorganisationen und Menschen vor Ort zu unterstützen. Dafür braucht es keinen Pakt mit einem machthungrigen Despoten."

Abschließend kommentiert Martina Michels: "Nun wieder mit dem Aufkündigen der Beitrittsverhandlungen zu drohen, ist weder dafür hilfreich, demokratische Bestandteile in der Türkei zu bewahren, noch um Erdoğan vor weiteren Einverleibungen des Staates abzuhalten. Ein Ende der Beitrittsperspektive bedeutet in aller erster Linie eine Ohrfeige für eben jene Teile der türkischen Bevölkerung, für die es nun demonstrativ Partei zu ergreifen gilt.“

"Wir fordern Erdoğan auf, die Repressalien gegen die politische und gesellschaftliche Opposition sofort zu beenden, um die tiefe Spaltung zu überwinden. Lassen wir uns die Hoffnungen auf eine demokratische Türkei durch den enttäuschenden Ausgang des Referendums nicht nehmen, denn es bedeutet zugleich, dass beinahe die Hälfte derer, die abgestimmt haben, gegen Demokratieabbau votiert haben und ein Präsidialsystem mit Staatsmedien und abhängiger Justiz und einem auflösbaren Parlament deutlich ablehnen."

Foto: zu sehen Martina Michels - Foto erstellt durch: Louise Schmidt

Termine:

DIE LINKE.

Tag	Datum	Beschreibung	Uhrzeit	Ort
Mo	01.05.	Maiveranstaltungen in Zeitz, Naumburg, Hohenmölsen		
Di	02.05.	Fraktionssitzung Stadtrat DIE LINKE Zeitz	18.00 Uhr	Neumarkt 12, Zeitz
Mi	03.05.	LAG Betrieb & Gewerkschaft Veranstaltung mit Gewerkschaftern und Birke Bull-Bischoff	19.00 Uhr	Naumburg, Familienbildungsstätte, Neustraße 47
So	07.05.	Lesen wider das Vergessen	11.00 Uhr	Jacobstraße, Naumburg
Mo	08.05.	Gedenkveranstaltung Tag der Befreiung Bad Kösen		
Mo	08.05.	Gedenkveranstaltung Tag der Befreiung OdF, Hohenmölsen	14.00 Uhr	Marktplatz, Hohenmölsen
Mo	08.05.	Gedenkveranstaltung für die Gefallenen und Opfer des II. Weltkrieges in Weißenfels	16.30 Uhr	Ehrenfriedhof am Klemmberg, Weißenfels
Mo	08.05.	Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung Zeitz	10.00 Uhr	Ehrenfriedhof Gleinaer Str. Zeitz
Mo	08.05.	Feierliche Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung in Droyßig	17.00 Uhr	Schlosspark Droyßig
Mo	08.05.	Gedenkfeier am Mahnmal an der Straße zwischen Nebra und Wangen	18.00 Uhr	Straße zw. Nebra/Wangen
DI	09.05.	BO-Vorstand Naumburg Sitzung	19.00 Uhr	Salzstraße 38, Naumburg
Di	09.05.	Stammtisch DIE LINKE Naumburg	20.00 Uhr	Klimkes Kneipe, Naumburg
Di	09.05.	Kreisvorstand Zeitz	18.00 Uhr	Neumarkt 12, Zeitz
Mi	10.05.	Stadtvorstand HHM/Lützen	17.00 Uhr	SKZ Lindenhof, Hohenmölsen
Do	11.05.	Infostand Hohenmölsen	9.00 Uhr	Hohenmölsen, Markt
Mo	15.05.	Fraktionssitzung DIE LINKE Stadtrat Hohenmölsen	17.00 Uhr	Hohenmölsen, Büro R. Weber
Mo	22.05.	Bildungsveranstaltung: Rentenkonzept DIE LINKE	18.00 Uhr	Familienbildungsstätte Naumburg, Neustraße 47
Mo	22.05.	Wahlkreistag mit Swen Knöchel/ Kaffee bei Swen	16.00 Uhr	Neumarkt 12, Zeitz
Di	23.05.	BO-Vorstand Naumburg Sitzung	19.00 Uhr	Salzstraße 38, Naumburg
Di	23.05.	Stammtisch DIE LINKE Naumburg	20.00 Uhr	Klimkes Kneipe, Naumburg
Mi	24.05.	Bildungsveranstaltung Abwasser fair und gerecht—mit Birke Bull-Bischoff/ Kerstin Eisenreich		Nebra, Weinkeller
Mi	24.05.	Gesprächsrunde mit der Hohenmölsener LINKEN	18.00 Uhr	SKZ Lindenhof, Hohenmölsen
Di	30.05.	Fraktionssitzung DIE LINKE Stadtrat Weißenfels	17.00 Uhr	Töpferdamm 6, Weißenfels
Di	30.05.	Parlamentarisches Weinforum in Berlin initiiert R. Claus, MdB		Berlin, Landesvertretung Sachsen-Anhalt

Grundlage aller terminlichen Verabredungen ist der Wahlkampfkalender des Kreisverbandes Burgenlandkreis—die hier aufgeführten Termine erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit oder Verbindlichkeit!

Wir gratulieren recht herzlich allen Jubilaren,

<u>die im Mai</u> ihren Ehrentag feiern.

Wir wünschen Euch alles Gute, eine schöne Feier im Kreise der Familie, der Freunde und Bekannten. Für die Zukunft wünschen wir viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Der Kreisverband DIE LINKE. im Burgenlandkreis und die Redaktion des S-U-E-Kurier

<u>Zur Beachtung!</u> Die Entnahme, weitere Verwendung bzw. Nutzung von Artikeln aus dieser Mitgliederzeitung bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Genehmigung der Redaktion, des Autors oder der Kreisvorsitzenden.